

---

**N i e d e r s c h r i f t**

**über die Sitzung des Ausschusses für Bürgeranliegen,  
öffentliche Sicherheit und Umwelt am 19.11.2024**

**Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr**  
**Sitzungsende: 18:30 Uhr**  
**Sitzungsort: Feuerwache, Innsbrucker Straße 8**

**Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste (Anlage)**

**Öffentliche Tagesordnungspunkte**

**1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

**Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU** eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt am 19. November 2024, 16.30 Uhr mit 8 stimmberechtigten Mitgliedern. Er stellt außerdem die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung fest.

**2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

**Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU** informiert, dass Herr Müller, Amtsleiter des Amtes 37 unter TOP 6. das Amt für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst mit einer Präsentation vorstellen möchte.

**Herr Kellner** bittet nunmehr um Abstimmung der Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis: 8 – 0 – 0**

**3 Genehmigung der Niederschriften vom 13.08.2024 und 24.09.2024**

**Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU** informiert, dass die Niederschrift vom 13.08.2024 bzgl. der Aussagen von Herrn Kaßner geändert wurde. Er bittet um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis: 6 – 0 – 2**

Dann führt **Herr Kellner** aus, dass Herr Groneberg zur Niederschrift vom 24.09.2024 schriftlich zwei Änderungen gewünscht hat. Da Herr Groneberg dieser Sitzung nicht beiwohnen kann, wird die Genehmigung der Niederschrift vom 24.09.2024 erst in der nächsten Ausschusssitzung erfolgen.

## 4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

**Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU** informiert, dass in der letzten Sitzung keine Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil gefasst wurden.

## 5 Einwohnerfragestunde

**Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU** sagt, dass keine schriftlichen Anfragen von Bürgern vorliegen. Auf Nachfrage meldet sich ein **Bürger** und fragt bzgl. des Lärmaktionsplanes nach, ob in der Ziebigker Straße etwas geplant sei und ob es in Bezug auf die Novellierung der StVO Änderungspläne hinsichtlich Tempo 30 gibt.

**Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit** sagt, dass sich die Verwaltung derzeit mit der Novellierung der StVO auseinandersetzt und dann geeignete Maßnahmen zur Umsetzung geprüft werden.

Bzgl. des Lärmaktionsplanes führt **Herr Horváth** aus, dass nur bestimmte Straßen beurteilt werden. Bzgl. der Ziebigker Straße ist die Voraussetzung, nämlich die Befahrung von 3 Mio. Autos im Jahr, nicht gegeben, so **Herr Horváth**.

## 6 Öffentliche Anfragen und Informationen

**Herr Müller, Leiter des Amtes 37** informiert mit einer Präsentation (*Anlage*) über die Arbeit des Amtes für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst.

Danach werden Fragen zum Haushalt, zu Nachsorgeangeboten und Schulungen für Mitarbeiter, zu Vergleichswerten von Einsätzen anderer Feuerwehren etc. gestellt, die **Herr Müller** bzw. **Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit** vollumfänglich beantworten.

### 6.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

**Herr Kaßner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** sagt, dass er seine Fragen hinsichtlich der Nachpflanzung von Straßenbäumen schriftlich eingereicht hat. Diese lauten wie folgt:

1. Ist es korrekt, dass das Tiefbauamt für die Straßenbäume zuständig ist und der Stadtpflegebetrieb für die Kontrolle und den Unterhalt sorgt?
2. Wie viele Mitarbeitende der Stadtverwaltung und des Eigenbetriebs sind mit dem Thema „Straßenbaum“ befasst und in welchen Abteilungen?

3. Was kostet eine Nachpflanzung eines Straßenbaumes inkl. Vorbereitung der Baumscheibe?
4. Welche Ausschlusskriterien gibt es, die ein Nachpflanzen verhindern? Und welchen Handlungsspielraum hat die Stadt dabei?
5. Gibt es Ersatzpflanzungen, wenn gesunde Straßenbäume auf Grund von Baumaßnahmen gefällt werden müssen? Wenn ja, wo werden diese durchgeführt?
6. Wer kontrolliert, dass Ersatzpflanzungen durchgeführt werden? Und erfolgt dies stichprobenartig oder für jeden Baum?
7. Wird das Anwachsen der Bäume nach der Einpflanzung gezielt überwacht? Und wenn ja, für welchen Zeitraum?
8. Was passiert, wenn nachgepflanzte Bäume nicht anwachsen und eingehen?

**Herr Kaßner** bittet um schriftliche Beantwortung der Fragen.

Dann spricht **Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU** die Kreuzung in Mildensee und die Bereifung der Fahrzeuge der Stadtverwaltung an.

**Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit** antwortet hierauf, dass alle Fahrzeuge, welche sich in der zentralen Fuhrparkverwaltung befinden, mit den entsprechenden Reifen ausgestattet sind.

Dem widerspricht **Herr Kellner**. Er möchte wissen, ob alle kommunalen Fahrzeuge, wie z. B. die Müllabfuhr und die Eigenbetriebe mit den erforderlichen Reifen ausgestattet sind.

**Herr Horváth** sagt, dass die Eigenbetriebe selbst dafür verantwortlich sind, wird dies aber nochmal mit in die Verwaltung nehmen und nachfragen.

Dann berichtet **Herr Horváth**, dass die Novellierung der StVO stattfand und derzeit die Aktualisierung der Verwaltungsvorschriften seitens des Bundes abgewartet werden muss. Weitere Informationen hierzu wird es dann im nächsten Ausschuss geben, so **Herr Horváth**.

**Herr Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum** verlässt die Sitzung 17.20 Uhr. Es sind somit nur noch 7 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

## 6.1.1 Informationen zum Eichenprozessionsspinner

**Herr Unger, Sachgebietsleiter Wasser- und Naturschutzbehörde** informiert anhand einer Präsentation (**Anlage**) über die Bekämpfung des Eichenprozessionspinners in der Stadt Dessau-Roßlau in 2024.

Danach möchte **Herr Kaßner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** wissen, ob der private Waldbesitzer die Kosten der Bekämpfung selbst tragen muss. Des Weiteren

fragt er, ob Eigentümer von Privatgrundstücken vom Amt aufgefordert werden, den Eichenprozessionsspinner zu bekämpfen und wer dafür die Kosten trägt.

**Herr Unger** antwortet hierauf, dass die Flächeneigentümer die Kosten für die Bekämpfung selbst tragen. Die Flächen werden nach der Quadratmetergröße behandelt und auch abgerechnet. Hier erfolgt eine Kostenteilung. In diesem Zusammenhang lobt **Herr Unger** die Arbeit des Tiefbauamtes.

Zur Frage von befallenen Bäumen auf Privatgrundstücken informiert **Herr Unger**, dass dies ein Problem ist, da jeder Eigentümer für sein Grundstück selbst verantwortlich und somit auf sich selbst gestellt ist. Des Weiteren führt er aus, dass eine Behandlung nur von unten möglich ist.

## 7 Beschlussfassungen

### 7.1 **Bebauungsplan Nr. 229 “Stadteingang Ost – Mühleninsel“ – frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange** Vorlage: BV/321/2024/I-61

**Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU** fragt nach, ob Einführungs- oder Informationsbedarf besteht.

**Frau Richter, sachkundige Einwohnerin** interessiert sich für die Größe des dort zu errichtenden Cafés.

Darauf antwortet **Frau Gelies, Amt 61**, dass keine große bauliche Anlage vorgesehen ist. Zurzeit befindet man sich noch in der Planung. Es werden in der frühzeitigen Beteiligung nunmehr Informationen gesammelt. Die Tendenz geht zu mobilen Einrichtungen, anstatt eines richtigen Bauwerkes, da sich die Fläche in einem Überschwemmungsbereich befindet, so **Frau Gelies**.

**Herr Kellner** stellt die Beschlussvorlage sodann zur Abstimmung

### Abstimmungsergebnis: 6 – 0 – 1

### 7.2 **Fortschreibung des Lärmaktionsplans (LAP) der Stadt Dessau-Roßlau** Vorlage: BV/379/2024/V-83

**Herr Jähnichen, Leiter des Amtes 83** führt anhand der Beschlussvorlage in die „Fortschreibung des Lärmaktionsplanes“ ein.

**Herr Kaßner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** fragt, ob es mit der Änderung der StVO gesetzliche Regelungen und Möglichkeiten unabhängig vom Lärmaktionsplan gibt, noch weitere Straßen in Tempo 30 Zonen umzuwandeln. Dies bejaht **Herr Jähnichen**. Die Voraussetzung ist allerdings, dass mindestens 3 Mio. Fahrzeuge pro Jahr die Straße nutzen. Und dies ist nicht überall gegeben, so **Herr Jähnichen**.

**Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU** fragt in Bezug auf die Ortschaft Mildensee **Herrn Jähnichen**, ob ihm das Schreiben von Frau Ministerin Hüsken vom 07.11.2024 bekannt sei. **Herr Jähnichen** verneint.

**Frau Bahn-Kunze, Fraktion der CDU** sagt, dass das Thema Lärm in der Ortschaft Mildensee bereits seit vielen Jahren bekannt ist und bittet um mehr Unterstützung durch die Stadt, da in den vergangenen 8 Jahren nichts passiert sei. Sie berichtet diesbezüglich von Unterlagen der Bürger, die seit dem Umzug der Autobahn GmbH von Potsdam nach Dresden verschwunden seien.

Dazu sagt **Herr Jähnichen**, dass man für die Handlungen bzw. Versäumnisse der Autobahn GmbH nicht verantwortlich sei. Er nimmt Bezug auf den Lärmaktionsplan der Stadt und führt aus, dass die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten etwas gegen den Verkehrslärm tun kann.

Dann bestätigt **Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit**, dass die Stadt keine Schallschutzwand an einer Bundesautobahn bauen kann. Wenn aber der Wunsch besteht, die Ortschaft Mildensee gegen den Autobahnlärm zu schützen, dann ist es erforderlich, so **Herr Horváth**, dass man auf kommunalem Grund oder auf Privatgrundstücken von Anwohnern eine Schallschutzwand errichtet. Er führt aus, dass es hierbei allerdings 2 Problemlagen gibt: Man muss Grundstücke finden, die geeignet sind und man hat das Problem der Finanzierung. Für die Errichtung einer Schallschutzwand benötigt man den Lärmaktionsplan nicht, so **Herr Horváth**.

**Herr Kellner** bittet nunmehr um Abstimmung der Vorlage.

## Abstimmungsergebnis: 2 – 5 – 0

### 7.3 **Bereitstellung von Haushaltsmitteln für das Jahr 2025 zur Blaualgenbekämpfung im Naturbad Mosigkau** Vorlage: BV/006/2024/OR Mosig

**Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU** fragt nach, ob es Einführungsbedarf in die Vorlage gibt.

**Frau Bahn-Kunze, Fraktion der CDU** möchte wissen, ob bekannt sei, was das ursprüngliche Problem hier ist.

**Herr Unger, Sachgebietsleiter Wasser- und Naturschutzbehörde** antwortet, dass dies nicht so einfach zu beantworten sei. Dann führt er aus, dass das Gewässer im Mosigkauer Waldbad hinsichtlich der Wasserqualität kontrolliert wird und durch das Gesundheitsamt regelmäßige Beprobungen durchgeführt werden. Dabei geht es darum, ob das Gewässer tatsächlich zum Baden geeignet ist, so **Herr Unger**. Die überwiegende Fachmeinung ist, dass das Auftreten der Blaualgen der starken Nährstoffzufuhr über den Libbesdorfer Landgraben, der aus dem Köthener Ackerland kommt, als Ursache zugrunde liegt. Man geht davon aus, dass durch die jahrzehntelange bodenwirtschaftliche Nutzung entsprechend Düngemittel ausgebracht worden sind, die jetzt an vielen Stellen in den Gewässern auftauchen, so **Herr Unger**. Er begründet die Algenbildung aber nicht nur mit dem Nährstoffangebot, sondern auch mit der Sonneneinstrahlung, der Wassertemperatur und dem Wasserdargebot selbst, also wie viel Wasser durch das Gewässer strömt. Dies alles führt dann dazu, dass die Blaualgen latent in Gewässern immer vorhanden sind. Als Beispiel für die Blaualgenbekämpfung führt **Herr Unger** den Barleber See in Magdeburg an, der ein altes aufgelassenes Sand- und Kiesabbaugebiet ist. Hier wurde ein Aluminiumsalz in das Gewässer eingebracht, um den Nährstoffgehalt zu reduzieren. **Herr Unger** sagt, dass dies aber im Moment für den Mühlenteich nicht das geeignete Mittel ist, da die Nährstoffe mit der nächsten Wasserfracht wieder eingespült werden. Hier muss die Wirtschaftlichkeit hinterfragt werden, so **Herr Unger**. Er spricht andere Möglichkeiten an, wie z. B. Aqua-Clean. Dieses Mittel wirkt gegen die Algen direkt, würde hier aber nicht die Ursache bekämpfen. Eine tatsächlich geeignete Lösung gibt es derzeit nicht, so **Herr Unger**.

**Herr Kaßner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** meldet sich und sagt, dass er die Vorlage heute ablehnen wird, da es auch Alternativen gibt. Vorschläge wurden bereits in den vergangenen Ausschüssen unterbreitet, die leider vom Ortschaftsrat nicht aufgenommen wurden. Er spricht von einem biologischen Mittel, dass die Schlamm- dicke im Gewässer reduziert. Frau Lohde hatte hier eine Prüfung versprochen, so **Herr Kaßner**. Er sagt, dass das Problem ja nicht nur im Mühlenteich vorhanden ist, sondern auch in anderen Gewässern. Er ist der Meinung, dass Wege gefunden werden müssen, um die Gewässer in den Griff zu bekommen.

**Herr Egelkraut, Fraktion Pro Dessau-Roßlau** bringt ebenfalls seine Bedenken gegen die Beschlussvorlage vor und moniert zunächst, dass niemand vom Ortschaftsrat Mosigkau anwesend ist, um Informationen zur Vorlage zu geben. Als Begründung ist der Vorlage zu entnehmen, so **Herr Egelkraut**, dass dem Betreiber des Bades ein riesiger wirtschaftlicher Schaden entsteht. Seiner Berechnung nach belaufen sich die Schließzeiten des Bades in den letzten 5 Jahren auf 45 Tage. Seiner Meinung nach, ist dies kein riesiger wirtschaftlicher Schaden und sollte nicht als Begründung angegeben werden.

**Herr Kellner** ist der Meinung, dass man ein Gespräch mit dem Ortschaftsrat Mosigkau suchen sollte. Sodann stellt er die Vorlage zur Abstimmung.

---

**Abstimmungsergebnis: 0 – 7 – 0**

**Herr Kellner** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt Nichtöffentlichkeit her.

**10 Schließung der Sitzung**

**Herrn Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU** schließt die Sitzung 18.30 Uhr.

Dessau-Roßlau, 23.01.25

---

Florian Kellner  
Vorsitzender Ausschuss für Bürgeranliegen, öffentliche  
Sicherheit und Umwelt

Katrin Koischwitz  
Schriftführerin